

ALLES ÖÖKAY?

**Ökonomie und Ökologie miteinander verbinden:
Der Druck wird durch den Ukraine-Krieg noch größer.**

#StandWithUkraine

Interview mit Brigitte Triebel,
Leiterin KAS Auslandsbüro Ukraine

Seite 4

Armut geht uns alle an!

Auftaktveranstaltung
mit Fachleuten

Seite 8

Symbolisch vom Sockel holen

Über den Umgang mit kolonialen
Kulturgütern

Seite 10

Ausguck:

1.2022

Thema

- Solidarität mit Ukraine 3
- „Müssen jetzt alles tun, die Ukraine zu unterstützen“ 4
- Unsere Demokratie gegen Krisen festigen 5
- Ökonomie oder Ökologie? 6
- Jedes Kind braucht jeden Tag ein Erfolgserlebnis 8
- Symbolisch vom Sockel holen 10
- Grüne Ideologie gefährdet deutschen Raumfahrt-Standort 11

Zu guter Letzt

- Kaum zu glauben, aber Bremen 12

 www.instagram.com/cdubremen

 www.facebook.com/CDUFraktionBremen

 twitter.com/CDUFraktionHB



Redaktioneller Hinweis: Orientiert an der Empfehlung des Rates für deutsche Rechtschreibung vom März 2021 wird im Text das generische Maskulinum verwendet (externe Beiträge ausgenommen). Angesprochen sind damit alle Geschlechter. Mehr Infos dazu hier: www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_2021-03-26_Geschlechtergerechte_Schreibung.pdf



Solidarität mit der Ukraine

Seit dem 24. Februar herrscht wieder Krieg in Europa. Nachdem Wladimir Putin bereits 2008 und 2014 Angriffskriege gegen Georgien und die ukrainische Krim befohlen und geführt hat, legen seine Truppen aus russischen und belarussischen Soldaten nun die ganze Ukraine in Schutt und Asche. Millionen Menschen sind auf der Flucht, Zehntausende haben bereits ihr Leben verloren. Europa und Deutschland müssen sich eingestehen, die über Jahre aufziehende Gefahr verkannt zu haben. Denn Wladimir Putin sprach der Ukraine nicht erst wenige Tage vor seinem Angriffskrieg die eigenständige nationale Identität ab. Auch seine Propaganda über einen angeblichen Genozid gegen die russische Minderheit im Land von Dnister und Dnepr war nicht neu. Für die Menschen aus der Ukraine ist die Zeit seit dem 24. Februar ein nicht enden wollender Alptraum. Wir Mitteleuropäer müssen und werden den Flüchtenden helfen, aber auch denjenigen Ukrainern, die ihre Heimat vor Ort verteidigen. Die Folgen dieser Auseinandersetzung werden wir auch in Bremen und Bremerhaven spüren.



Heiko Strohmann bei einer spontanen Solidaritätskundgebung vor der Bremischen Bürgerschaft: Stoppt den Krieg!



Bettina Hornhues, Silvia Neumeyer und Rainer Bensch bei der Demo vor der Bremischen Bürgerschaft.



Gemeinsam für die Ukraine: Frank Imhoff bei der Kundgebung auf dem Bremer Domshof.

„Müssen jetzt alles tun, die Ukraine zu unterstützen“

Wie ist die Lage in der Ukraine? Mit der Politologin Dr. Brigitte Triebel sprach der Ausguck über den Krieg in Europa. Sie ist Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Charkiw, Ukraine.

Die russische Invasion verläuft längst nicht so reibungslos wie vermutlich geplant. Hat sich Wladimir Putin verkalkuliert?

Ich denke ja und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen hat er die Widerstandsfähigkeit des ukrainischen Militärs und der ukrainischen Gesellschaft massiv unterschätzt und zum anderen hat er nicht mit dieser harten und einheitlichen Reaktion des Westens gerechnet. Er hatte darauf gesetzt, dass er es mit einer schnellen "Operation" gegen die militärische Infrastruktur und gegen die politische Führung der Ukraine schaffen wird, eine prorussische Regierung in Kiew einzusetzen und damit das Land ohne einen großen Krieg zu kontrollieren. Da muss ich sagen, hat der russische Präsident offenkundig die Entwicklungen in der Ukraine seit 2014 völlig ignoriert und mehr seiner eigenen Propaganda geglaubt als der realen Lage im Nachbarland. Denn die Ukraine hat sich seit 2014 auf einen solchen Krieg vorbereitet und die Mehrheit der Bevölkerung hat diesen Kurs des Landes, die eigene Unabhängigkeit und Freiheit mit allen Mitteln verteidigen zu wollen, unterstützt.

Inwiefern können Putin und Russland die Ukraine und ihre Bevölkerung im Fall eines militärischen Sieges überhaupt politisch führen?

Aus meiner Sicht ist das ausgeschlossen. Sicherlich wird die militärische Übermacht Russlands auf kurz oder lang zu einer Niederlage des ukrainischen Militärs führen, der Widerstand der Ukrainer und Ukrainerinnen wird aber weitergehen. Um diesen Widerstand zu brechen, müsste die russische Führung eine gewaltvolle Besatzungsherrschaft in der Ukraine aufbauen, die nur durch eine umfassende und dauerhafte Mi-



Dr. Brigitta Triebel, Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine (Charkiw).

litärpräsenz und nur durch einen massiven Unterdrückungsapparat gehalten werden könnte. Ich befürchte, dass die russische Führung im Moment dazu bereit wäre, aber ob sie das auch gegenüber der eigenen Bevölkerung auf mehrere Jahre durchhalten würde, bezweifle ich. Die Ukrainerinnen und Ukrainer werden sie zumindest nie für sich gewinnen.

Was bezweckt Putin mit seinem Krieg in der Ukraine?

Für diesen Krieg gibt es sicherlich verschiedene Gründe, deren Erklärung sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Ich beschränke mich auf die aus meiner Sicht entscheidenden Aspekte: Putin möchte die Ukraine politisch kontrollieren und eine demokratische und europäische Entwicklung des Landes verhindern. Dieses Ziel verfolgt er schon lange und besonders intensiv seit der Revolution der Würde 2014. Denn eine demokratische Ukraine in der direkten Nachbarschaft würde das eigene autoritäre Machtssystem gefährden. Und zudem verfolgt er offenkundig das Ziel, die imperiale Vergangenheit Russlands wiederzubeleben und die eigene Einflussosphäre auf die Ukraine zu erweitern, die er als historisches Kernland des russischen Reiches und der Sowjetunion versteht.

Befinden wir uns bereits am Ende der Eskalationsspirale?

Ich befürchte nicht. Bis jetzt gibt es keine Anzeichen, dass die russische Seite zu ernsthaften Verhandlungen oder einer Veränderung der eigenen Position bereit ist. Vielmehr müssen wir davon ausgehen, dass der Krieg von russischer Seite noch radikaler und gewaltvoller v.a. gegen die ukrainische Zivilbevölkerung geführt wird. Gerade beobachten wir eine russische Einkesselung Kiews, ein nächster Schritt könnte die umfassende Zerstörung und Belagerung der Stadt sein.

Hätten wir auf die Besetzung der Krim und den Donbass-Krieg 2014 anders reagieren müssen?

Nach den Entwicklungen der letzten Wochen sollten wir zumindest die deutsche Strategie gegenüber der Ukraine und Russland der letzten Jahre hinterfragen. Die Annahme, dass man allein mit wirtschaftlicher Kooperation und mit Diplomatie das aggressive Vorgehen Russlands stoppen kann, war eine Fehlannahme. Aber jetzt ist nicht der richtige Moment für lange Diskussionen über Dinge, die wir nicht mehr ändern können. Wir müssen jetzt alles tun, die Ukraine in dieser existenziellen Bedrohung zu unterstützen und der russischen Führung deutlich zu machen, dass wir diesen Angriff gegen ein unabhängiges Land nie akzeptieren werden.

Unsere Demokratie gegen Krisen festigen



Fraktion fordert: Sicherheit muss Querschnittsthema in allen Senatsressorts werden

Die CDU-Fraktion ist beeindruckt von der Vielfalt der Proteste gegen den Despoten und Aggressor Putin, von der Welle der Hilfsbereitschaft für die Menschen in der Ukraine und der großen Bereitschaft, geflüchtete Menschen auch in Bremen aufzunehmen. In einem Antrag für die Bürgerschaft fordert sie dazu die Unterstützung des Landes Bremen. Angesichts weltweit zunehmender Krisen muss das Bundesland Bremen darüber hinaus aber auch einen deutlich stärkeren Beitrag für mehr Resilienz, Vorsorge und Krisenfestigkeit unserer staatlichen Organisationen leisten oder – wo möglich – politisch unterstützen. Das ist ein zweiter Schwerpunkt des Antrags, mit dem die CDU-Bürgerschaftsfraktion den Senat bis Jahresmitte zur Vorlage gezielter Maßnahmen auffordert. Dr. Thomas vom Bruch, Fraktionssprecher für Europa, erläutert: „Nach der Corona-Pandemie zeigt der Überfall von Putin-Russland auf die Ukraine in einem weiteren Bereich umso deutlicher, dass die deutsche Staatlichkeit unzureichend auf krisenhafte Ereignisse vorbereitet ist. So verschieden die Herausforderungen auch sein mögen, wir dürfen nicht zulassen, dass das Vertrauen der Bürger in einen jederzeit handlungsfähigen Staat erschüttert wird. Wir brauchen deshalb eine nachhaltige Diskussion darüber, wie wir alle Bereiche unserer Gesellschaft sturmfest machen können. Sicherheitsaspekte müssen zu einem Querschnittsthema in allen Senatsressorts werden. Als Bürgerschaft sind wir in der Pflicht, das Vertrauen der Menschen durch eine vorausschauende Politik zu fördern. Dazu brauchen wir weder eine hysterische Diskussion noch ein einfaches Weiter-So, sondern eine nachhaltige Debatte zu allen Bereichen, die die Sicherheit und Krisenfestigkeit berühren und für die Bremen eine Verantwortung oder als Bundesland eine Mitverantwortung trägt. Bremen als Zweistädtestaat muss für sich klären, welche Defizite im Zivilschutz, bei

der Energiesicherheit und in der Gesundheitsvorsorge vorliegen, aber auch welche Vorkehrungen zur schnellen Aufnahme von Flüchtlingen zusätzlich notwendig sind. Darüber hinaus gehören das Vorgehen gegen potentielle Cyber-Attacken, gegen gezielte Desinformation im Netz oder die Bekämpfung von Geldwäsche als Prävention gegen das Unterlaufen von Sanktionen unserem Bundesland auf die politische Agenda. Und wenn richtig ist, dass die Ereignisse in der Ukraine eine ‚Zäsur‘ und ‚Zeitenwende‘ sind, muss auch die Diskussion über die Einführung einer Dienstpflicht in unserem Land oder die Ausweitung von Freiwilligen-Diensten vorbehaltlos und offen geführt werden.“

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion will diese Debatte offensiv angehen und hat einen entsprechenden Antrag für die nächste Bürgerschaftssitzung eingebracht, der nach den Ankündigungen auf einen möglichst weitgehenden gemeinsamen Tenor aller Fraktionen der demokratischen Parteien in diesen wichtigen Fragen zielt. Die Bürgerschaft (Landtag) soll zudem die Notwendigkeit der Sanktionen gegen das Putin-Regime unterstützen und sich im Sinne der Erklärung der Bundesregierung vom 27. Februar im Deutschen Bundestag für eine Stärkung der deutschen Verteidigungsfähigkeit im europäischen Rahmen aussprechen.

Kontakt:

vombruch@cdu-bremen.de



https://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/2022-03-03_Drs-20-1378_f3579.pdf



Ökonomie oder Ökologie?

Der Klima-Joker von Rot-Grün-Rot ist nur ein Bluff

Im Dezember legte die erste Enquetekommission der bremischen Geschichte ihren Abschlussbericht vor: Auf fast 400 Seiten beschreibt das Gremium aus Wissenschaftlern und Fachpolitikern eine Klimaschutzstrategie für das Land. Grundsätzliches Ziel: Bremen soll bis 2038 klimaneutral werden, schon 2030 soll der CO₂-Ausstoß auf 60 Prozent gegenüber 1990 reduziert sein. Doch der fachliche Konsens droht unter politischem Druck zu zerbrechen. Der Ausguck fragte bei Martin Michalik, Vorsitzender der Kommission, und Mitglied Jens Eckhoff nach den Ursachen.

Ausguck: Als der Abschlussbericht im Februar zur Umsetzung in die politischen Gremien kam, hatten einzelne Fraktionen schon Vorschläge herausgepickt und medienwirksam als eigene politische Ideen verkauft: staatliche Förderungen für Balkonsolaranlagen, Reparatur-Gutscheine für Haushaltsgesetze – nur die CDU hat kleinteilige Vorstöße unterlassen. Warum?

Martin Michalik: Weil wir das Klima retten wollen und nicht unsere eigene Haut. Es ist traurig nach dieser langen, zähen, aber sehr erfolgreichen Arbeit miteinander. Aber SPD, Grüne und Linke bedienen jetzt ihre Klientel mit Kleinigkeiten, anstatt den großen Wurf zu wagen, etwa beim der Dekarbonisierung des Stahlwerks oder bei der energetischen Gebäudesanierung. Denn dort spielt die Musik, das ganz große Klima-Orchester. Reparatur-Gutscheine für Toaster sind nur die Triangel, mit der die Koalition durch die Straßen zieht und behauptet, sie täten richtig viel für die Umwelt.

Ausguck: Und die Grünen stimmen leise mit ein, statt die Pauke rauszuholen?

Jens Eckhoff: Die Grünen sind in keiner beneidenswerten Position in der Koalition. Die SPD kündigt schon jetzt an, mit aller Macht um jeden Parkplatz in Walle, Findorff und der Neustadt zu kämpfen, anstatt beim Anwohnerparken, beim ÖPNV und den Quartiersgaragen auf die Tube zu drücken. Und die Linke schnappt den Grünen die ganzen kleinteiligen Maßnahmen weg.

Ausguck: Und dann kommt noch die CDU und greift die grüne Verkehrssenatorin beim Thema Straßenbahn und Martinistraße an.

Martin Michalik: Wir kritisieren Frau Schaefer hart, weil sie viel zu viel Energie und Geld in ein Thema steckt, bei dem wir doch einer Meinung sind. Sie verzettelt sich, weil sie die Martinistraße zum Symbol ihrer Verkehrspolitik erhoben hat. Dabei würden wir ihr sofort die Hand reichen, um die Martinistraße für die nächsten Jahre zur Einbahnstraße zu machen, wenn die nackten Daten es hergeben. Eine Verlegung der Straßenbahn von der Obernstraße kann sowieso nicht morgen beschlossen werden. Das braucht Zeit und solide Analysen. Doch Frau Schaefer kennt nur ihren eigenen Weg. Zeitgleich kaum Fortschritte bei den Fahrradbrücken über die Weser, auch bei den Fahrradpremium-Routen hapert es, nicht zu reden vom Stillstand beim Straßenbahn-Ausbau. Und Photovoltaik ... Es ist einem fast peinlich: eine einzige neue Anlage 2021 auf öffentlichen Gebäuden.

Ausguck: Die Pandemie kam dazwischen!

Martin Michalik: Das ist keine Entschuldigung. Im Gegenteil: Corona hat den finanziellen Handlungsspielraum der Senatorin sogar vergrößert. Außerdem stellen die Grünen nicht erst seit 2019 die Umwelt- und Verkehrssenatorin. Und Frau Schaefer war zuvor Fraktionsvorsitzende. Trotzdem vertrödelt Bremen die Klima-Wende. Deswegen haben wir als CDU dafür gesorgt, dass die Klima-Enquete gebildet wurde und überragend gearbeitet hat.

Ausguck: Die Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen wird rund sieben Milliarden Euro kosten, sagen die Enquete-Gutachter. Das Land hat dieses Geld nicht. Zwei Lösungen stehen sich unversöhnlich gegenüber: Der Staat soll sich auf dem Kapitalmarkt verschulden – so will es Rot-Grün-Rot. Oder die landeseigenen Gesellschaften sollen sich Geld durch eine Klima-Anleihe beim Bürger borgen. Ist der Unterschied wirklich so groß?

Jens Eckhoff: Ja, wir wollen durch Investitionen in den Klimaschutz noch größere Schulden verhindern. Wir brauchen das Geld, um insbesondere den Gebäudebestand energetisch zu sanieren, die Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden zu forcieren und Netze für die Stahlwerke, die Nah- und Fernwärme und die E-Autos zu bauen. Das hilft Hochwasserschäden in Bremen und Bremerhaven zu verhindern, Energieknappheit zu verhindern – was bedingt durch den Ukraine-Krieg als Existenzfrage eine ganz neue Dimension bekommt. Und natürlich müssen wir mit guten Investitionen einen Verkehrsinfarkt verhindern und über alle Maßnahmen gerechnet unseren CO₂-Ausstoß bis auf null im Jahr 2038 senken.

Ausguck: Und wo ist nun der Unterschied zu Rot-Grün-Rot?

Jens Eckhoff: Wer die Schuldenbremse abschaffen will, der plant das in Wahrheit ja gar nicht fürs Klima. Klima-Investitionen bekommt man auch anders finanziert. Denn sie rechnen sich auf Dauer. Nein! Die linke Regierung in Bremen will die Schuldenbremse zu Fall bringen, um auf Pump noch mehr wirkungslose Projekte in den Bereichen Bildung & Soziales zu finanzieren. Damit stellt sie seit Jahren ihr politisches Vorfeld ruhig. Seit 2020 gilt aber die Schuldenbremse. Die stört beim Geschenke-Verteilen, die im Übrigen alles andere als sozial sind. Ein Blick auf die Bundesländer reicht als Beleg völlig aus: Wo seit Jahren wenig Schulden gemacht werden, regiert die CDU mit, und dort sind die Sozial- und Wirtschaftsdaten deutlich besser als in den SPD-Hochburgen. Tiefrote Zahlen sind weder sozial noch klimafreundlich.

Ausguck: Das klingt sehr kompliziert? Wie will man das den Bürgern vermitteln?

Jens Eckhoff: Ganz einfach: Bei unserem Finanzierungsmodell bekommt der Bürger Zinsen auf sein Geld. Bei Rot-Grün-Rot muss er am Ende mehr Steuern bezahlen, um die Zinsen für die Staatsschulden zu bezahlen.



Ausguck: Wie geht es jetzt weiter? Wie stehen die Chancen, sich bei den ganz großen Klima-Themen auf einen Zeitplan und die Finanzierung einigen zu können? Immerhin wirft die nächste Bürgerschaftswahl ihre Schatten voraus!

Martin Michalik: Wir haben den Antrag gestellt, dass der Senat bis zum Sommer ein Maßnahmenpaket vorlegen muss. Die Grünen wollten ursprünglich mitgehen, mussten sich aber ihrer Koalition beugen. Jetzt hat die Regierung Luft bis zum Herbst, vermutlich wird es Ende des Jahres. Zu befürchten ist, dass sich das Rathaus sogenannte „Alternative Maßnahmen mit gleicher Wirkung“ ausdenken wird. Dazu haben die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken Herrn Bovenschulte aufgefordert. Man wird also alle großen Probleme hinter die Wahl schieben und viel Kleinkram ankündigen, die CO₂-Einsparungen summieren und dabei schönrechnen. Der Klimawandel lässt sich von diesem Taschenspielertrick aber kein Stück beeindrucken.

Jens Eckhoff: Diese sogenannten Alternativen Maßnahmen sind am Ende ein ‚Misstrauens-Votum‘ gegen die Klima-Enquete. Kein fachlich-politisches Gremium eines Bundeslandes hat in Deutschland jemals auf einer so breiten und detaillierten wissenschaftlichen wie ökonomischen Basis die Lösungswege hin zur Klimaneutralität beschrieben. Aber die SPD in Bremen, die Linken und leider auch die Grünen gaukeln den Menschen jetzt vor, sie hätten da noch einen Joker in der Hand. Dieser Klima-Joker existiert aber nicht. Herr Bovenschulte blufft nur.

Kontakt:
michalik@cdu-bremen.de

Kontakt:
eckhoff@cdu-bremen.de

Jedes Kind braucht jeden Tag ein Erfolgserlebnis

Armut geht uns alle an! Unter diesem Titel veröffentlichte die CDU-Bürgerschaftsfraktion nicht nur ein umfassendes Positionspapier mit Lösungsvorschlägen. Vielmehr stellten sich Fraktionschef Heiko Strohmann und Sigrid Grönert, sozialpolitische Sprecherin, am 9. März zudem live auf Facebook und YouTube den Fragen und Vorschlägen von Fachleuten und Bürgern. Unter der Moderation von Miriam Benz, Abgeordnete für Soziales, wurde kritisch und konstruktiv debattiert. Eine zentrale Frage: Wie können wir Armut bei Kindern vorbeugen? Für alle, die die Debatte nicht live verfolgen konnten, hier zentrale Aussagen aller Beteiligten.





Sigrid Grönert in der Diskussion mit Manfred Herrmann, Delegierter Armutskonferenz und Pastor Hans-Christoph Ketelhut, Innere Mission Bremen.

Alexander Nöhring, Geschäftsführer zukunftsforum familie e.V.: Armut ist kein Versagen des Einzelnen oder jeder einzelnen Familie. Wir müssen von den Bedarfen der Kinder aus denken. Eine sozialpolitische Leistung ist nicht gut, wenn sie gut konzipiert ist, sondern sie ist dann gut, wenn sie dort ankommt, wo sie gebraucht wird und auch ausreichend abgerufen wird. Eine Lösung, die wir vorschlagen, ist eine einkommensabhängige und sozial gestaffelte Kindergrundsicherung.

Sigrid Grönert, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion: Wir müssen uns das Thema Kindergrundsicherung politisch genau anschauen. Denn wir müssen auch sehen, wie viel Geld wir für Krippen haben und Geld, um Kindern Möglichkeiten beispielsweise im Sport zu schaffen. Im letzten Jahr hatten wir 1.000 Kita-Plätze zu wenig in Bremen. Jedes zweite Kind hat Sprachdefizite. Mehr Geld in den Familien bedeutet am Ende ja nicht zwangsläufig, dass es den Kindern besser geht.

Kathrin Moosdorf, Geschäftsführerin Dt. Kinderschutzbund Landesverband Bremen: Bildung ist ein ganz wesentlicher Schlüssel, um aus der vererbten Armut herauskommen. Kinder, die aus armen Familien kommen, haben deutlich schlechtere Chancen, gute Bildungsabschlüsse zu machen. Deshalb ist Bildung ein ganz wesentlicher Faktor, zusammen mit einer guten Ausstattung von Kitas und von Schulen mit entsprechendem Fachpersonal. Und wir müssen auch an die außerschulische Bildung denken.

Heiko Strohmann, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion: Bei der außerschulischen Bildung hapert es in Bremen. Schule und Freizeitgestaltung sind nicht richtig vernetzt. Genau dort müssen wir im Rahmen der Ganztagschule viel intensiver ansetzen. Denn jedes Kind braucht jeden Tag ein Erfolgserlebnis. Das muss nicht immer in der Schule sein. Das kann auch im Bürgerhaus beim Klavierspielen oder auf dem Sportplatz sein. Da müssen wir unbedingt ran.

Manfred Herrmann, Delegierter Dt. Caritasverband bei der nationalen Armutskonferenz: Es gibt für ein Problem eines einzelnen Menschen in der Sozialverwaltung 7 bis 13 verschiedene Sachbearbeiter, die man einzeln kontaktieren muss. Und leider läuft die interne Kommunikation in Behörden nicht immer optimal. Es wäre wirklich wünschenswert, dass wir Fallmanager hätten, die einen Bedürftigen an die Hand nehmen und seine Probleme behördenintern managen. Aber da sind wir noch lange nicht.

Pastor Hans-Christoph Ketelhut, Vorstandssprecher der Inneren Mission Bremen e.V.: Armut ist ein Phänomen, das verstärkt in Großstädten auftaucht. Wir haben sehr wohlhabende, aber auch arme Stadtteile. Es kann wenig Durchmischung stattfinden, was die Sache schwierig macht. Es gibt eine riesige Bandbreite, wie sich Armut ausprägt und es gibt ganz viele Ursachen. Aber es ist unser gemeinsamer, ständiger Kampf für ein besseres Leben von uns allen, nicht der Kampf dieser Gruppe oder jener Gruppe, sondern unser aller Thema und nur so werden wir es lindern.

Übertragen wurde die Veranstaltung live aus den Streamlab-Studios Huchting. Die Sendung steht in voller Länge im Netz zur Verfügung.



<https://www.youtube.com/watch?v=N1woyDKZ9yY&t=46s>



Symbolisch vom Sockel holen

Wie umgehen mit unserem kolonialen Erbe? Antworten auf diese Frage versuchen Politik und bürgerschaftliche Initiativen, fernab von einseitigen Parolen alle kritischen Denkmäler abzubauen, zu finden. In ehemals kolonialisierten Ländern bestehen immer noch tiefe Verletzungen. Es verbindet uns eine komplexe, und zum Teil gewaltvolle Vergangenheit, die bis heute nachklingt und auch prägend ist. Auf beiden Seiten. Für Claas Rohmeyer, kulturpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, steht daher definitiv fest: „Über den Umgang mit diesem leidvollen Teil unserer Geschichte brauchen wir eine breite öffentliche Debatte. Wir müssen uns unserer Verantwortung stellen: die ist größer, als der Sturz eines Bismarck-Denkmal oder das Einschmelzen des Columbus-Denkmal in Bremerhaven. Mit dem Wissen von heute müssen wir die überhöhten Denkmäler der Vergangenheit symbolisch vom Sockel holen und in ihrer Komplexität zeitgemäß einordnen.“

Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion wäre ein digitales sowie visuelles Konzept im gesamten Stadtgebiet an entsprechenden Orten um den Hintergrund von Straßennamen zu erklären, um Zusammenhänge aufzuzeigen und um monumentale Abbildungen von historischen Persönlichkeiten vielschichtig darzustellen, denkbar. Das Projekt LauschOrte in der Bremer Innenstadt könnte dabei als Vorbild dienen. Mit Hilfe eines QR-Codes begeben sich dort Besucherinnen und Besucher auf eine literarisch-musikalische Stadtführung.

Gedenktafeln sind das eine, die faire Rückgabe von Kulturgütern an ihre Ursprungsländer das andere. „Informationstafeln reichen natürlich nicht aus“, meint Claas Rohmeyer. „Wir müssen die kulturellen Beziehungen zwischen Afrika, Asien und Europa weiter vertiefen, die Provenienz-Forschung ausbauen und geraubte Artefakte würdevoll zurückgeben.“ Das Bremer Übersee-Museum leistet dabei beispielhafte Arbeit. Erst im Februar 2022

wurden menschliche Überreste im Rahmen einer feierlichen Rückgaberemonie an Vertreterinnen und Vertreter aus Hawai'i übergeben.

Im Vordergrund bei der Debatte um die Rückgabe afrikanischer Kulturgüter sollte die Anerkennung und das Leitmotiv „Wunden heilen“ stehen. „Dies erreichen wir,



in dem wir eine gemeinsame Erinnerungskultur erarbeiten, wie es die Deutsch-Namibische Stiftung bewirken will“, sagt Claas Rohmeyer. „Afrika und Europa müssen sich auf Augenhöhe begegnen. In unserer Verantwortung liegt es aber auch, durch Bildungs- und Infrastrukturprojekte jungen Menschen vor Ort bessere Zukunftschancen zu ermöglichen. Das ist das, was wirklich hilft. Nicht hilft, ob eine Kaffeestraße irgendwo in Europa ihren Namen behalten darf oder nicht.“

Kontakt:

rohmeier@cdu-bremen.de

Save the Date

Zum Thema „Umgang mit kolonialem Erbe“ veranstaltet die CDU-Bürgerschaftsfraktion am Mittwoch, den 22. Juni um 18 Uhr im Übersee-Museum eine Podiumsdiskussion mit Ruprecht Polenz, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Verhandlungen mit Namibia und Prof. Dr. Wiebke Arndt, Direktorin des Übersee-Museums.

Aus sprachgeschichtlichen Gründen geht die Insel Hawai'i (nach und nach) wieder dazu über, seinen Namen mit Apostroph zu schreiben.
<https://www.hawaiicounty.gov/>

Grüne Ideologie gefährdet deutschen Raumfahrt-Standort



Die neue Raumfahrtkoordinatorin beim Bund muss ihre negativen Aussagen zum Plan des deutschen Weltraumbahnhofs in der Nordsee sofort korrigieren. Christine Schnitker, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion, sagt: „Die Aussagen von Frau Christmann sind an Unwissenheit kaum zu überbieten. Das fängt schon dabei an, dass sie sich die deutschen Pläne für einen Raketen-Startplatz als europäisch finanziertes Projekt auch in Norwegen vorstellen kann. Norwegen ist aber gar nicht in der EU. Auch sind die von ihr behaupteten Umweltprobleme nicht gutachterlich untersetzt. Die von der ehemaligen Bundesregierung unterstützten Pläne für eine Micro-Launcher-Plattform zielen auf eine mobile Plattform nördlich des geschützten Wattenmeeres in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone der Nordsee. Zudem handelt es sich um eine mobile Startrampe, die nicht dauerhaft im Meeresgrund verankert werden muss und viel weniger Infrastruktur und Logistik vor Ort benötigt, weil sie etwa aus Bremerhaven passgenau versorgt wird. Wenn wir also ein EU-Projekt daraus machen wollen, dann bitte bei uns in der Nordsee. Wir fordern die Grünen auch in Bremen auf, ihre Ideologie beiseitezulegen und die Parteikollegin Christmann umgehend über die erheblichen Vorteile des Projekts aufzuklären.“

Die Bremische Bürgerschaft hatte sich wie auch der Senat 2020 mit großem Konsens für das Projekt ausgesprochen. Bremens Häfensenatorin Dr. Claudia Schilling (SPD) stand dazu bereits fortgeschritten mit der Bundesregierung im Austausch. Ziel ist eine deutsche Micro-Launcher-Plattform für die zahlenmäßig steigenden Bedarfe auf dem Markt kommerzieller Klein-Satelliten. Als Startrampe kommen mobile Plattformen oder temporär am Meeresgrund abgestützte Schiffe in Frage, von denen Trägerraketen die Satelliten in den Orbit bringen. Als Startpunkt für die Verschiffung ist Bremerhaven im Gespräch. Die vorige Bundesregierung stand dem Projekt nationaler Bedeutung positiv gegenüber. Die neue Koordinatorin der Bundesregierung für die Deutsche Luft- und Raumfahrt, Bundestagsabgeordnete Anna Christmann (Grüne), hatte sich in dieser Woche bei einem Besuch in Augsburg ablehnend zum Nordsee-Projekt geäußert und eine Lösung anderswo in Europa vorgeschlagen, beispielsweise in Norwegen.

Kontakt:
schnittker@cdu-bremen.de



Keine Raketen-Wissenschaft sondern realistisch: mobile Startrampe nördlich des Wattenmeeres.

Ausguck: 1.2022

christdemokratisch
hanseatisch
unterhaltsam

Ein Magazin der
CDU-Bürgerschaftsfraktion
im Land Bremen

Am Wall 135 · 28195 Bremen
T. 04 21 - 30 89 4 - 0
F. 04 21 - 30 89 4 - 44

Verantwortlich für den Inhalt
(V.i.S.d.P.): Dr. Andreas van Hooven
(Pressesprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Auflage:
3.500 Exemplare

Fotos:
GOSA, Bremische Bürgerschaft, Konrad-Adenauer Stiftung, Shutterstock, Pixabay, CDU-Bürgerschaftsfraktion

Gestaltung:
Swakowski | Grafikdesign

Druck:
BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim
Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung bedarf der Zustimmung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Social Media:
Facebook: CDU-Fraktion Land Bremen
Twitter: twitter.com/CDUFraktionHB
Instagram: instagram.com/cdubremen



Zu guter Letzt

Kaum zu glauben, aber Bremen

Strehlentscheidung

Warum einfach, wenn Rot-Grün-Rot es kompliziert kann? Aktuelles Beispiel: Grundsteuer. Laut Bundesverfassungsgericht muss sie neu bemessen werden. Keine einfache Lösung, Bund und Länder haben lange gestritten. Am Ende fand man die Öffnungsklausel. Niedersachsen nutzt sie. Dort geben Eigentümer von Grundstücken und Immobilien die Lage und Fläche an. Den Rest macht die Verwaltung. Ab Juli geht's bei den Nachbarn los. In Bremen glaubt Rot-Grün-Rot jedoch, es ginge viel gerechter als im Nachbarland. Und damit das klappt, sollen die Hanseaten zusätzlich den Bodenrichtwert angeben, die Immobilienart, eine statistisch ermittelte durchschnittliche Nettokaltmiete und zahlreiche andere Werte wie das Gebäudealter. Doch Vorsicht, sagt unser finanzpolitischer Sprecher Jens Eckhoff: Welches Datum gilt denn bei Kernsanierungen und Anbauten? Finanzsenator Strehl will deswegen zehntausende Aufklärungsbriefe per Post verschicken. Im Juli 2022 fängt er damit an, voraussichtlich, schreibt seine Behörde. Die Adressen der rund 400.000 Betroffenen suche man noch. Und nun die Quizfrage: Bis wann müssen alle 400.000 Datensätze beim Finanzamt vorliegen?

- A: 31. Oktober 2022**
- B: 31. Oktober 2023**
- C: 31. Oktober 2024**

Die Antwort gibt's im nächsten Ausguck!



Rot-Grün-Rot versteht nur Bahnhof

Ein Versehen? Kürzlich brachte eine Senatsvorlage die Situation am Hauptbahnhof doch glatt auf den Punkt: Immer wieder käme es zu „gefährlichen Körperverletzungen und versuchten Tötungsdelikten“. Ausgangspunkt seien sehr häufig Alkohol- und Drogenmissbrauch. Doch wer jetzt schlussfolgert, Polizei und Ordnungskräfte bekämen in Bremen deutlich mehr Personal und rechtliche Befugnisse, um Tag und Nacht für die Sicherheit der Menschen sorgen zu können, der irrt sich gewaltig. Marco Lübke, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und selbst Polizist, weiß: „Rot-Grün-Rot diskutiert stattdessen über Toleranzräume für Suchtkranke, Fixerstuben und Sitzbänke ohne Mittelstreben – damit der Rausch vorm Bahnhof ausgeschlafen werden kann. So sieht Sicherheit und Soziales bei Rot-Grün-Rot aus“.

CDU
FRAKTION
BREMEN